

Montagsdemonstrationen am 20.09.

Aachen 150, Altenburg 250, Angermünde 300, Annaberg-Buchholz, Apolda, Arnberg-Neheim 30, Aschersleben, Aue, Auerbach, Augsburg 120, Bad Hersfeld, Bad Salzungen, Balingen 60, Bamberg 50, Barnstorf, Bautzen, Bayreuth, Bergkamen 25, Berlin 8.000, Bielefeld 80, Bitterfeld 100, Bocholt, Bochum 200, Bonn 80, Bottrop 50, Brandenburg 350, Braunschweig 115, Bremen 200, Bremerhaven, Bremervörde, Bruchsal 40, Castrop Rauxel 45, Celle, Chemnitz 2.000, Cottbus 800, Darmstadt, Delmenhorst, Dessau 1.500, Dommitzsch, Dortmund 300, Dresden 1.500, Duisburg 350, Düsseldorf 280, Eberswalde, Eisenach 150, Eisenhüttenstadt 350, Elsterwerda, Emden, Erkner, Essen 200, Esslingen 50, Flensburg 82, Forst, Franckenberg, Frankenthal, Frankfurt/Main 500, Frankfurt/Oder, Freiberg, Freiburg 150, Friedrichshafen, Fulda 50, Fürstenwalde 200, Gelsenkirchen 250, Genthin, Gera 1.000, Gießen 80, Gladbeck 50, Goslar, Gotha, Greifswald, Greiz, Großhain, Güstrow, Gütersloh, Göppingen, Görlitz, Göttingen 150, Hagen 150, Halberstadt, Haldensleben, Halle 400, Hamburg 250, Hameln, Hamm, Hanau 80, Hannover 350, Hattingen 70, Heide, Heidelberg, Heidenheim 40, Heilbronn 150, Herford 50, Herne 210, Herten, Hettstedt, Hohenstein-Ernstthal, Hoyerswerda 300, Höxter, Ilmenau, Iserloh, Itzehoe, Jena, Jüterbog, Kamenz, Karlsruhe, Kassel, Kempten, Kiel 150, Koblenz 500, Konstanz, Krefeld 120, Kyritz, Köln 400, Königswusterhausen, Köthen, Leipzig 3.000, Lemgo, Leverkusen 70, Limbach-Oberfrohna, Lindau 10, Lippstadt, Ludwigsburg 20, Ludwigshafen 40, Lübeck 180, Lüdenscheid, Lünen 30, Löbau, Magdeburg 1.500, Mainz 250, Mannheim, Marburg 140, Marktneukirchen, Marl 30, Meiningen, Merseburg, Minden 70, Mühlhausen, Mülheim 80, München 300, Münster 100, Mönchengladbach 75, Naumburg, Neu-Isenburg, Neukirchen-Vluyn 20, Neuruppin, Nordhausen 400, Nürnberg 500, Oberhausen 100, Oer-Erkenschwick 30, Offenburg 400, Olbernhau, Oldenburg, Oranienburg, Osnabrück, Osterburg 300, Paderborn, Parchim, Pasewalk, Peine, Perleberg, Pforzheim 120, Plauen, Plettenberg 30, Potsdam 200, Pöbneck, Quedlinburg, Rastatt 10, Rathenow, Rathenow, Recklinghausen 45, Reichenbach, Remscheid, Reutlingen 120, Rheine, Rheinfelden 25, Ribnitz-Damgarten, Rostock 500, Rüsselsheim 50, Saalfeld, Saarbrücken 300, Salzwedel, Sangerhausen, Schwedt 300, Schweinfurt 40, Schwerin 250,

Schwäbisch-Gmünd 60, Schönebeck, Seiffenhennersdorf, Senftenberg, Siegen, Sigmaringen, Sindelfingen 60, Solingen 60, Sonneberg, Spremberg, Staßfurt 500, Stollberg, Stralsund 500, Stuttgart 230, Suhl 200, Tangerhütte, Torgau 500, Trier, Tübingen, Ulm 60, Vaihingen, Velbert 50, Villingen-Schwenningen 40, Waren 50, Wedel 12, Weimar, Weißenfels 250, Wernigerode, Wetzlar, Wiesbaden, Wilhelmshaven 150, Wismar, Witten 40, Wittenberg, Wittenberge, Wolfsburg, Worms, Wuppertal 300, Zossen 120, Zweibrücken, Zwickau 1.500

(Quelle: www.indymedia.org)

telegraph

ostdeutsche zeitschrift++

greifswalder str. 4 | 10405 berlin
fon. (030) 444 56 22 | fax. (030) 444 56 23
internet: www.telegraph.ostbuero.de
email: telegraph@ostbuero.de
nachrichten: www.ostblog.de
v.i.s.d.p.: prenzelsberg dokumentation e.v.

Der *telegraph* ging im Oktober 1989 aus der linken DDR-Oppositionszeitschrift *Umweltblätter* hervor. Diese Samisdat-Zeitschrift wurde zwischen 1986 und 1989 zum bedeutendsten und meist verbreitetsten Informationsblatt der DDR-Opposition.

Herausgegeben wurden die *Umweltblätter* von der Ostberliner Umweltbibliothek. Im Oktober 1989 stellte sich der zweimonatige Erscheinungsrhythmus der *Umweltblätter* als zu schwerfällig und ungeeignet dar. Ein schnelles Medium musste her, das alle paar Tage erschien und das Wichtigste über die aktuellen Ereignisse unabhängig und kritisch berichtete. Das war die Geburtsstunde des *telegraph*. Bis zum Dezember 1989 war er der einzige unabhängige Berichterstatter über den Umbruch in der DDR.

Seit 1989 erscheint der *telegraph* regelmäßig und dokumentierte den Übergang von einem System zum anderen. Die Redaktion, die zu großen Teilen aus der linken DDR-Oppositionsbewegung kommt, versucht das neue System kritisch zu beobachten und sich im Rahmen seiner Möglichkeiten einzumischen. Der *telegraph* berichtet über neue Widerstandsformen unter neuen Verhältnissen, über Bürgerbewegungen und Emanzipationsbewegungen in Ostdeutschland und international, wie auch über die Auswirkungen der neoliberalen Politik und neuen Gegenmodellen. Bisher erschienen 110 Ausgaben.

telegraph

ostdeutsche zeitschrift++

MONTAG, 27. SEPTEMBER 2004

SONDERAUSGABE

#3

Wo bleibt das Positive?

Regierung, Zeitungen, Parteien – und solche, die es werden wollen – sie vermissen an den Montagsdemos alle das gleiche: die Ablehnung von Hartz IV ist nichts Positives, finden sie. Aber auch in der Protestbewegung ist der Drang da, sich nicht nur auf ein „Nein“ zu beschränken, sondern Perspektiven anzubieten. So kam der langatmige Titel der Demo am 2. Oktober zustande, wo vor Alternativen und Gerechtigkeit das eigentliche Ziel kaum noch auszumachen ist. Aber Ja sagen ist nicht immer etwas Positives. Im Gegenteil: Wer Nein sagen kann, muss weniger lügen. Heute ist ein mehrfaches Nein vonnöten.

Erstens ein Nein zu Hartz IV. Ein Widerstand gegen Beschränkung der eigenen und gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten ist eine sehr konstruktive Sache, viel positiver als Sozialraub und verschärfte Ausbeutung.

Zweitens ein Nein zu den Nazis. Die vielen, die sich heute von „den Politikern“ betrogen fühlen, sind immer noch bereit, ihre Angelegenheit von besseren Politikern verwalten zu lassen. Wer aber die eigene dienende Haltung nicht aufgibt, wird von seinen Herren immer wieder betrogen werden. Hier ist ein Einfallstor der Rechten, die für eine sichere und belohnte Gefolgschaft werben.

Drittens ein Nein zur Instrumentalisierung der Proteste durch die MLPD. Nicht die Trennung von diesem Verein ist der Grund für die Schwäche des Protestes. Auch da, wo es immer nur eine Demo gab, gehen die Teilnehmerzahlen zurück. Sondern die Schwäche des Protestes zeigt sich gerade daran, dass die unvermeidliche Trennung so spät erfolgt. Denn diese „Marxisten-Leninisten“ bilden eine bekennende stalinistische Sekte, die den Zusammenbruch des Sozialismus auf die Abkehr von Väterchen Stalins weiser Politik zurückführt. Kein Wunder, dass sie viel Mühe auf den Aufbau immer neuer Gruppen verwenden, hinter denen sie sich dann verstecken können – wieviele Leute

demonstrieren schon gerne unter dem Banner eines Massenmörders. Selbst völlig isoliert kleben die MLPD-Genossen um Dieter Illius um so mehr an der größeren Demonstration, weil sie allein nichts zustande bringen.

Das vierte Nein fällt am Schwersten. Es ist das zu den eigenen Illusionen, manchen Hoffnungen und Erwartungen. Es ist nicht so, dass alle Menschen „doch einsehen müssten“, dass Hartz IV weg muss. Kein Mensch muss müssen. Wir sollten unsere Freiheit nicht wegreden, sondern vernünftig und solidarisch einsetzen. Und wenn viele enttäuscht sind, so wird leicht vergessen, dass mit dem Wort Enttäuschung immer auch von einer Selbsttäuschung geredet wird, die wir hinter uns lassen können.

Wo bleibt das Positive? Auch der Abschied von Illusionen ist etwas sehr Positives. Vor allem aber haben die Demonstranten in den letzten Wochen eine Betroffenheit und Empörung gezeigt, die sich nicht einfach wieder zusammenfallen und wegpacken läßt. Auch unter dem öffentlichen Druck von Regierung, Presse und Unternehmern, ohne Bündnispartner auf nationaler Ebene – und trotz der Ermüdung und Perspektivlosigkeit haben sich die Demonstrationen über zwei Monate gehalten. Selbst wenn die kontinuierlichen Demos nun abbrechen werden – die Fragen nach einer menschenwürdigen Alternative zum täglichen Niedergang stehen ganz anders, weitaus entschiedener als vor dem Sommer. Es gehört zu den Aufgaben der vielfach geteilten Linken, nach realistischen Antworten zu suchen. Und realistisch ist nicht, was „im Rahmen der Ver-

Inhalt

- 1: Wo bleibt das Positive?, Sebastian Gerhardt
- 2: Verklappung konkret, Peter Wawerzinek
- 3: Interview mit Richard Herding
- 4: „Hartz“ führt in die Armut, Peter Wahl
- 5: NEWS zur Agenda 2010
- 6: ALG-Antrag mit Fallen und Tücken, Bag-shi
- 7: Nazis auf den Montagsdemos
- 8: Übersicht - Montagsdemonstrationen

hältnisse“ heute möglich erscheint – wenn wir gemeinsam lernen, uns anders zu verhalten.

Sebastian Gerhardt

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Verklappung konkret oder die Guten ins Kröpfchen die depperten Tuten hinterher

Und rein ins Sackgesicht-Leinen die anderen wie die Uneinen, sollte man meinen. Der gültige Dienstplan gilt nicht. Denn nicht der Euro ist Schuld. Schuld ist des kleinen Mannes Urgeduld. Nicht Schröder, Schröder u n d jeder weitere Schröder u n d Schröder sind der Schlamassel. Ob nun in Paderborn oder nahe Kassel. Wir sind enttäuscht von Charles Chaplin, Charles Bukowski, Charles Aznavour. Wir haben uns zu sehr auf Jimi Hendrix, die Marx-Brothers, Maostalingandhi u n d uns verlassen. Unser Jubel zur Kreuzigung, zur Mondlandung, Maueröffnung war unangebracht, war arg verfrüht, wenn überhaupt notwendig und zu späteren Zeiten je von uns selber und nicht wieder bloß durch die Zigarettenindustrie initiiert. Deswegen Kragen ab. Deshalb Rasierklingsgrubrasur und ratzbatz vornüber mit jedem Hohlshädel. Freak zu Mann, Künstler zu Mädels. Nix Begründung. Einzig Vollzug. Auf besonderen Wunsch wird nicht geachtet. Nachher wird permanente Erschlappung zur hackenden Beurkundung freigegeben. Für die Presse scheint unterdessen nachfolgende Information hinreichend, wenn die Presse überhaupt einbezogen ist. Das Klapp-Komitee legt fest: Wo nie Potenz gesichtet, Dichtung wabert, Geschrei sich nicht zum Spreng-Satz verdichtet, Staatskragenkrampf auf Krawall verzichtet, wo Zweitracht der Konkurrenz unbelichtet dämmert, wird mittenmang gehämmert, wird schnellgerichtet. Denn das Erhaben ist nämlich alles im Staate wie bei jedermann Daheim. Das lebendige Vorbild renkt den Zögling gegen den trägen Strom. Nicht Räder rädern den starken Arbeiterarm, sonder Laufendes. Nach meiner ganz persönlichen Einschätzung, ermöglicht das Ungeschehene Geschehen. Wer zu spät eingreift, greift am falschen Hals vorbei. Auf Grund langjähriger Lebensführung bin ich zur Erkenntnis gelangt: Keine Olympiade, keine Romankunst, nicht das ausgeklügelte Lottosystem schweiß Menschen zur Gemeinschaft.

Nur konsequentes Vornweg-Stampfen entwickelt Sog für eventuelle Mitgeschleifte, Schreiter. Was vorgefallen weist politische Nulpen die Marschrichtung, formt den Widerständler zum Pendler, der vorherbestimmt, sein Blatt vom Munde nimmt. Ruhe den Hütten. Ruhe den Plätzen. Ruhe den Straßen und deren Benutzern. Nicht Montag wird demonstriert. Demonstriert wird Donnerstag, sagt Marx, sagt der Marxist- und sagt: Wenn Marx heute leben täte, wäre er erst Täter, dann Schläfer und immer noch kein Montagsdemonstrant. Also merke: Marx demonstrierte in den Samstag hinein und über den Samstag bis zum Mittwoch hinaus. Punkt, Schluß, Aus. Drum erachte ich es als dringend geboten, landesweite Verklappungen durchzuführen. Über die Art und Weise, Größe und Geschwindigkeit wird im Einzelfall standrechtlich entschieden. Jeder Mann an jedem Ort, muss zuerst in die Klappe hinfahrt. Die der Verklappung erliegen, sind im Recht. Die der Verklappung entkommen, werden umgehend erkannt und in verschiedenen Stufen renitent gerufen. Sie sind gebündelt aus jeder Verantwortung entlassen. Es bleibt ihnen freigestellt, ob sie gesellschaftlich inaktiv oder völlig belanglos werden wollen. Das neuste Modell mobiler Telefone ist ihnen zu vermitteln. Die laufenden Fußball-Wettbewerbe innerhalb der Regionen sind nach Gutdünken aufrechtzuerhalten. Der Tabellenstand notfalls über Radio bekannt zu machen. Und wenn sie nicht alle gestorben sind, so beleben sie sich gegenseitig.

so das dazu

Ich balle die Faust und lache

Peter Wawerzinek (Autor)

15 Jahre telegraph Gegenöffentlichkeit: Unabhängige Medien Ost/West im Wandel der Zeit

Der telegraph führt anlässlich seines 15jährigen Bestehens eine Abendveranstaltung am 7. Oktober durch. Sie findet 19.30 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin, Greifswalder Str. 4 statt. Zur Podiumsdiskussion kommen: Eckart Spoo (*Ossietsyky*), Andreas Fanizadeh (*WOZ*), Wolfram Kempe (*Anzeiger*), Thomas Kupfer (*Radio Corax Halle*), N.N. (*indymedia*), Christoph Villingner (Journalist). Hans-Jochen Vogel (AK OK Sachsen), u.a. Anschließend Musik von DJ Kid Alex und Toth On Tet.

machen Sie in der Arbeitsagentur keine unüberlegten Angaben!

Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeeinitiativen e.V.: <http://www.bag-shi.de>

Nazis auf den Montagsdemos

Schlaglichter aus einigen Städten:

In **Magdeburg** wurde von den Demoveranstaltern der Versuch unternommen, Nazis von der Demo fern zu halten. Ein anwesender Naziblock wurde durch ein Grünes Band symbolisch von der Demo abgegrenzt. Dieser Versuch wurde jedoch durch härteste Polizeigewalt unterbunden. Somit gelang es dem Naziblock in die Demo einzudringen. Durch ein massives Polizeiaufgebot wurden die Nazis dann bis zum Ende mitten in der Demo gehalten. (*Quelle: indymedia*)

In **München** sickerten etwa 20 Nazis (einschlägig Bekannte aus dem Aktionsbüro Süd) in die Montagsdemo. Als die Demo am Marienplatz ankam, versammelten sich die Nazis schnell in einer Gruppe und entfalteten ein Transparent mit dem Slogan „Das Volk sind wir - weg mit Hartz IV“ und eine schwarz-weiß-rote Fahne. Als sich ihnen entschlossene Antifas entgegen stellten, begannen die Nazis mit gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Polizei stellte sich schützend vor die Nazis und drohte den Antifas mit Platzverweisen und Festnahmen. Anschließend handelte die Polizei mit der Demoleitung aus, dass die Nazis, geschützt durch die Polizei am Kundgebungsort verbleiben dürfen. Daraufhin wurden Transparente von der FAU geholt und die Nazis einfach stillschweigend zugedeckt. Nach der Abschlusskundgebung wurden die Nazis von der Polizei in die S-Bahn begleitet.

(*Quelle: Indymedia/ Antifa München*)

Organisierte Nazis/Faschisten tauchten diesmal in **Leipzig** nicht auf - die hatten wohl noch einen Kater vom Vorabend. Lediglich 4-5 Nazi-Kiddies liefen am Ende der Demo mit. In den Redebeiträgen bei der Abschlusskundgebung wurde nur einmal mit wenigen Sätzen Bezug auf den Landtageinzug der NPD genommen und sich zwar eindeutig von der NPD bzw. allgemein von Rechtsextremisten distanziert. Eine „migrantische Rednerin“ aus Simbabwe(?) entpuppte sich aufgrund ihrer Aussagen als BüSo/-LaRouche-Anhängerin. Auch der nachfolgende Redner war nicht besser: Er

schwafelte irgendetwas davon, dass „unsere deutsche Kultur“ gegen Hartz IV zu verteidigen sei und derartigen Mist, um sich anschließend gegenüber „Neonazis“ abzugrenzen.

(*Quelle: Indymedia*)

In **Dessau** (Sachsen-Anhalt) demonstrierten etwa 50 Antifas gegen den Einzug der NPD und DVU in die Landtage Sachsens und Brandenburgs. Die Antifas nutzten dabei die örtliche Montagsdemo gegen Hartz IV, um ihr Anliegen in die lokale Öffentlichkeit zu transportieren. Nach einer endlos langen Kundgebung, startete die Demo endlich, wobei sich der Antifa-Block unter dem Motto: „Nazis sind nicht sozial, auch nicht in den Parlamenten!“, am Ende des Aufzuges einreichte. Neben nicht sonderlich originellen Klassikern der Demosprachkultur wie „Gebt den Nazis die Strasse zurück! Stein für Stein“ und „Ob Ost, ob West - Nieder mit der Nazipest!“, glänzte die Kreativabteilung durch das Skandieren von „NPD-Faschisten - in kleine schwarze Kisten!“.

(*Quelle: Indymedia*)

Am Montag, dem 20. 09. 04, fand zum wiederholten Male in **Fürstenwalde** eine „Montagsdemonstration“ unter Beteiligung von ca. 200 Teilnehmern statt. Bevor die Demo startete, wandte sich einer der Organisatoren mit einer Anmerkung an seine Zuhörer. Er berichtete, dass er bei der vorherigen „Montagsdemo“ Jugendliche aufforderte, sich an der Demo zu beteiligen. Diese verneinten mit der Begründung, dass sich Nazis in der Demo befänden. Ihm zufolge sei dies jedoch kein Argument, da „Harz IV“ das ganze „Volk“ beträfe. Für diesen Redebeitrag erntete er keinen Widerspruch, sondern im Gegenteil Beifall. Im Verlauf der Demo fielen dann auch mehrere biertrinkende Jugendliche, die augenscheinlich der rechten Szene zuzuordnen waren, sowie ein älterer Mann, der ein „White Power“-Basecap trug, auf. (*Quelle: Antifa Erkner / inforiot*)

Nach dem DGB Oberhavel weisen jetzt auch der Hennigsdorfer IG-Metall-Chef Philipp Becker und die Erstunterzeichner des Aufrufs zur Montagsdemonstration, Matthias Buchhorn und Gerhard Horn, die Vorwürfe der Antifaschistischen Gruppe **Oranienburg** (AGO) zurück. (siehe Sonderausgabe 2) Die AGO hatte erklärt, dass die Montagsdemo-Veranstalter dass Mitmarschieren von Neonazis toleriert hätten. (*Quelle: MAZ / inforiot*)

weiter mit. Der Absatz sei - getrieben durch den Erfolg des Geländewagens Cayenne - um 15 Prozent auf 76.827 Fahrzeuge gestiegen.

„Für das laufende Geschäftsjahr 2004/05 ist Porsche ungeachtet konjunktureller Unwägbarkeiten ausgesprochen zuversichtlich“, hieß es ausblickend. (Quelle: Reuters Deutschland)

Mitgliederschwund setzt sich fort

Der Mitgliederrückgang bei ver.di hat sich beschleunigt. Im ersten Halbjahr verlor die Dienstleistungsgewerkschaft mehr als 80.000 Mitglieder, nach 50.000 ein Jahr zuvor.

(Quelle: Frankfurter Rundschau)

20-Seiten Alg II-Antrag mit Fallen und Tücken!

Keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II (Alg II) haben alle, die sich irgendwie selbst helfen können: durch Aufnahme jedweder Arbeit, Verbrauch von Vermögen oder Leben auf Kosten Angehöriger. Die Arbeitsagentur prüft dazu halbjährlich Ihre Angaben bei der Alg II-Antragstellung. Umfassende Datenerhebung dient auch dazu, Anträge abzulehnen oder Leistungen zu verringern. Es gibt nur eine Antwort auf ALG II: zusammenschließen und gemeinsam Rechte durchsetzen!!

Es erhielten Millionen Erwerbslose den monströsen Antragsbogen mit der Aufforderung, diesen frühzeitig einzureichen und an einem festen Termin zum Ausfüllen der Bögen auf dem Amt zu erscheinen. Gleichzeitig melden die Bundesagentur für Arbeit und das zuständige Bundesministerium, die verzögerte Abgabe der Bögen werde zu verzögerter Gewährung von Leistungen führen. Lassen Sie sich nicht verunsichern: Nach § 37 Sozialgesetzbuch (SGB) II entsteht der Alg II-Anspruch am Tag der Antragsstellung, mithin reicht für die Antragsabgabe streng genommen Montag, der 3. Januar 2005. Bedenken Sie: Noch nie konnte eine Behörde dazu zwingen, Monate vor Leistungsbeginn Leistungen zu beantragen, zumal noch wichtige Durchführungsverordnungen zum Alg II fehlen.

Warum Sie sich Zeit lassen sollten: Im riesigen Antragsformular werden Daten über Sie und ihr Umfeld gesammelt. Diese Fülle von Informationen ist nicht erforderlich, um den Bezug von Alg II zu erleichtern. Im Gegenteil – bestimmte

Angaben könnten (obwohl unzulässig!), dazu genutzt werden, Leistungen zu verwehren oder abzusenken. Bei anderen Daten verstößt die erzwungene Preisgabe gegen den Sozialdatenschutz. Nach § 67a Abs.1 SGB X dürfen nur Daten erhoben werden, die zur Leistungsgewährung erforderlich sind. Bedenken Sie außerdem, dass sich in den kommenden Monaten Ihre Einkommens-, Vermögens- und Wohnverhältnisse grundlegend ändern können. Erst nach Antragstellung unterliegen Sie der Mitwirkungspflicht, das heißt Sie müssen jede Änderung der Behörde bekannt geben.

Warum Sie überlegt vorgehen sollten: In den vergangenen Jahren hat die Politik gezeigt, dass sie keine Skrupel kennt, sogenannte „Angemessenheitsgrenzen“ quasi „über Nacht“ erheblich zu senken. Immer mehr Erwerbslosen werden so Leistungen verweigert. Denken Sie an die Arbeitslosenhilfe und die Verluste in Familien mit Erwerbstätigen durch den dort vorgenommenen Wegfall des Erwerbstätigenfreibetrages (ca. 150 €/Monat) und die 20 %-Senkung des Mindestselbstbehaltes auf 80 % des Sozialhilfesatzes. Denken Sie an das Einschmelzen des Betrages für die Alterssicherung von 520 € auf 200 € pro Lebensjahr! Ca. 400.000 Erwerbslose büßen seither jährlich Leistungen ein. Gerade wenn heute vorgegaukelt wird, beim Alg II gäbe es kein ‚Ausplündern bis zum letzten Hemd‘, droht genau dies. Daher werden im Antragsbogen so umfangreiche Angaben verlangt!

Keine Panik: Es gibt gute Gründe, sich in Ruhe über das Arbeitslosengeld II zu informieren, daraufhin genau seine persönlichen Verhältnisse zu prüfen, abzuwarten welche Angaben datenschutzrechtlich unbedenklich erhoben werden dürfen! Füllen Sie schließlich den Antrag erst aus, wenn Sie sicher sind, dass sich bis zum Januar 2005 nichts mehr ändert. Wenn die Agentur für Arbeit bereits einen Termin zur Antragstellung genannt hat, vereinbaren Sie einfach einen späteren „günstigeren“ Zeitpunkt.

Sollte das nicht möglich sein, gehen Sie hin (es droht Säumnisstrafe). Lassen Sie sich dort beispielsweise über die (angeblich) verbesserten Leistungen zur Eingliederung in Arbeit informieren oder den Erwerbstätigenfreibetrag bei unterschiedlicher Einkommenshöhe ausrechnen. Überlegen Sie danach in Ruhe, ob sie Alg II überhaupt beantragen wollen – doch

Interview mit Richard Herding

(Informationsdienst: für kritische Medienpraxis)

Seit Wochen werden Reden, Erklärungen und Inhalte der Montagsdemos verfälscht oder totgeschwiegen. Es werden Teilnehmerzahlen manipuliert und stark nach unten gedrückt. Ist das für die bundesrepublikanische Medienlandschaft normal oder eine neue Entwicklung?

Ohne Pressestelle, die Papier und Megabytes ausspuckt, bist du im Medien-Zugang benachteiligt. Weil eine Presseerklärung abzudrucken, auch redaktionell bearbeitet, hundertmal weniger Arbeit macht als ein eigener Bericht. Die neuen Montags-Demonstrationen sind echte Basis-Äußerungen, darauf können sie stolz sein – und ihre Pressestellen entsprechend mager.

TeilnehmerInnen-Zahlen werden von der Polizei traditionell gedrückt, da siegt der Obrigkeit-Geist (so viele protestieren dann doch nicht!) über den Beamten-Gewerkschafts-Impuls (bei solchen Massen brauchen wir viel mehr Stellen!). Für die Montags-Demos wird nach vielen Augen-Zeugnissen noch mehr gedrückt, nämlich circa auf die Hälfte. Denn Montags-Demos mit ansehnlichen Zahlen sind schon etwas Besonderes, nah am Generalstreik oder an der Volksabstimmung, keine bundesrepublikanische Normalität. Darum die „höhere“ Mathematik der besonders niedrigen Zahlen. Der ideologische Fetisch in den Köpfen hat einen banalen Namen: journalistischer Arbeits-Alltag.

Wie funktioniert die Gleichschaltung der bürgerlichen Medien ohne dass es eine offen bekannte Zensurbehörde gibt?

In den Medientheorien heißt das „Selbst-Referentialität“ der Journalisten. Schlicht gesagt: sie schreiben gerne voneinander ab! Herausfinden, was wichtig und was wahr ist – du kannst mit Internet und Interviews Tage verbringen, und das gibt die Bezahlung meistens nicht her. Oder du siehst dich eine halbe Stunde lang um, was die KollegInnen meinen, und weißt, wo's lang geht. Ohne Ärger mit Chef, Werbe-Kunden, Großorganisationen - oder mit

Mobbing in der Kantine.

Die beste „Zensurbehörde“ sind die Redaktionen selbst, und selbstverständlich auch das Kauf- und Einschalt-Publikum. Das ist aber auch die Chance. So viele JournalistInnen aus der linken, alternativen, feministischen, ökologischen Szene sind z.B. für hilfreiche LeserInnenbriefe dankbar. Nur: sie können sie nicht selber schreiben! Und es gibt alternative Zeitungen, WebPortale, Radios usw. Die Basis-Bewegung muss die vielen „U-Boote“ mit den kleinen offenen „Schlachtschiffen“ zusammenkriegen.

Übrigens gibt es in Deutschland noch kein Aktions-Projekt, das den Medien auf die Finger haut: E-Mail-Kampagne gegen die Tageschau, bis sie endlich faire Zahlen bringt?! Mahnwache vor dem TAGESSPIEGEL, bis die Sozialabbau-Betroffenen selbst kommentieren?! Das muss doch möglich sein.

Kann man sich als Journalist im bürgerlichen Medienbetrieb dagegen wehren?

Am journalistischen Arbeitsalltag können JournalistInnen nur etwas ändern, wenn ein außergewöhnlicher Protest gegen die Medien weht. Die Demonstrationen „Enteignet Springer“ halfen zu etwas weniger Konzentration auf dem Zeitungsmarkt, Günter Wallraffs Geschichten vom Türken Ali und aus dem Bauch von BILD halfen zu etwas weniger Dreistigkeit, ein paar mutige Ost-Medienmenschen zum nicht-ganz-100%igen Totschweigen z.B. der dortigen Musikgruppen. Professionelle Anstrengungen, zum Beispiel „Zeit statt Zeile“ – heute kriegen Freie MitarbeiterInnen ja das gleiche Honorar, ob sie was Neues herausfinden oder eine Presserklärung fast nur abschreiben!!- oder „Netzwerk Recherche“ oder „Initiative Nachrichtenaufklärung“ versuchen aus dem Innern der Medien etwas zu entwickeln. Aber wenn es keine Freien Radios gäbe (in Berlin noch immer nicht so richtig gelungen), keine linken reklamearmen Zeitungen, kein „indymedia“ im Netz, keine „telegaph“-Sonderausgabe – ohne Gegenöffentlichkeit und alternative Öffentlichkeit sähen die JournalistInnen im bürgerlichen Medienbetrieb sehr, sehr verloren aus.

Und „Hartz“ führt doch in die Armut

(...) Absolute und relative Armut

Die meisten Armutsbegriffe beziehen sich auf Einkommensarmut. Die bekannteste Definition ist der von der Weltbank und anderen internationalen Institutionen in Bezug auf Entwicklungsländer benutzte Indikator der absoluten Armut. Demnach ist arm, wer weniger als einen Dollar Einkommen pro Tag und pro Kopf zur Verfügung hat. Unterhalb dieser Grenze ist die physische Existenz, z.B. durch Unterernährung und Mangelkrankungen, bedroht. Nach diesem Kriterium dürfte es hierzulande kaum jemanden geben, der arm ist. In der seriösen Diskussion wird dieser Indikator für die westlichen Industrieländer allerdings auch nicht benutzt. Hier wird mit dem Begriff der relativen Armut operiert. Dabei wird Armut nicht zum physischen Existenzminimum in Relation gesetzt, sondern zum sozialen und kulturellen Gesamtzusammenhang einer Gesellschaft. Aber auch hier gibt es verschiedene Berechnungsmethoden, die dann dementsprechend zu unterschiedlichen Armutsgrenzen führen.

Die EU-Armutdefinition

Ungeachtet der wissenschaftlichen und politischen Kontroversen um die „richtige“ Armutsgrenze hat die EU sich 2001 für eine Definition von Armut entschieden, die für die Mitgliedsländer und damit auch für die Bundesregierung verbindlich ist. (...) Ausgangspunkt ist dabei das sog. Nettoäquivalenzeinkommen. Das ist es ein unter Bedarfsgesichtspunkten modifiziertes Pro-Kopf-Einkommen - nicht Haushaltseinkommen - das bereits unterschiedliche Verteilungen in einem Familieneinkommen (Haushaltsvorstand, Partner, Kinder) berücksichtigt. Darüber hinaus ist es ein gewichteter Median, d.h. die unteren und oberen Einkommensextreme werden geringer oder gar nicht berücksichtigt. Man kann dieses Konzept kritisieren und seine Grundannahmen bereits für zu niedrig angesetzt halten. Aber selbst mit dieser Definition ergibt sich eindeutig, dass Hartz IV für viele Betroffene Armut bedeutet.

Unter der Armutsgrenze

Das vom Statistischen Bundesamt errechnete monatliche Nettoäquivalenzeinkommen betrug 2002 in den alten Bundesländern 1.217 € und

in den neuen Bundesländern 1.008 €. Die EU setzt nun die Armutsgrenze bei 60% des Nettoäquivalenzeinkommens fest. Für die alten Bundesländer liegt die Armutsgrenze demnach bei 730,20 €, für den Osten bei 604,80 €. Da Hartz IV ebenfalls nach West und Ost differenziert und zahlreiche weitere Differenzierungen (z.B. nach Familienstand) enthält, fallen die Ergebnisse für die unterschiedlichen Gruppen von Betroffenen auch unterschiedlich aus. Für den alleinstehenden Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) in den alten Bundesländern, der vorher Arbeitslosenhilfe bezogen hatte, sieht die Rechnung für das erste Jahr folgendermaßen aus: 345,00 € Regelleistung ALG II, 317,00 € Miet- und Heizkosten („angemessen“), 160,00 € Übergangsgeld 1.Jahr, SUMME: 822,00 €. Nicht berücksichtigt werden dürfen in dieser Berechnung die Sozialleistungen (Kranken- und Rentenversicherung), die in Hartz IV enthalten sind, da es sich quasi um Bruttzahlungen handelt. Wenn man sie einrechnen würde, müsste auch die Referenzgröße des Äquivalenzeinkommens auf Bruttohöhe aufgestockt werden. Demnach liegt der Betroffene im ersten Jahr 81,80 € über der EU-Armutsgrenze von 730,20 €. Nach einem Jahr wird das Übergangsgeld halbiert, und der Abstand zur EU-Armutsgrenze beläuft sich nur noch auf zu vernachlässigende 11,80 €. Im dritten Jahr entfällt das Übergangsgeld ganz, und der Betroffene sinkt auf 662,00 € und mit 68,20 € deutlich unter die Armutsgrenze. Im Osten verläuft die Dynamik für den gleichen Betroffenen zunächst etwas anders: 331,00 € Regelleistung ALG II, 248,00 € Miet- und Heizkosten („angemessen“), 160,00 € Übergangsgeld, SUMME: 739,00 €. Damit liegt der ALG II-Bezieher im ersten Jahr 134,20 € über der Ost-Armutsgrenze und im zweiten Jahr noch 54,20 €. Aber ab dem dritten Jahr wird auch er mit 579 Euro deutlich unter die Ost-Armutsgrenze gedrückt. Noch schlechter sieht es aus, wenn nicht nur der Haushaltsvorstand, sondern auch der/die Partner/in in der „Bedarfsgemeinschaft“ unter Hartz IV fällt. Dann reduziert sich die Regelleistung für beide von 345 € auf jeweils 310,50 €. Außerdem reduziert sich dann auch der Miet- und Heizkostenzuschuss für die zweite Person deutlich. Das sieht dann für die alten Bundesländer pro Kopf so aus: 310,50 € Regelleistung ALG II, 207,00 € Miet- und Heiz-

kosten („angemessen“), 160,00 € Übergangsgeld 1. Jahr, SUMME: 677,50 €. In diesem Fall liegt jeder der beiden Partner von Anfang an mit 62,70 € unterhalb der EU-Armutsgrenze. An dieser Stelle könnte man noch einwenden, dass das Einkommen der Arbeitslosen noch durch die sog. Ein-Euro-Jobs steigen könnte. Sieht man von den qualitativen Aspekten, wie z.B. dem Zwangscharakter der Maßnahme ab, so ist das rein rechnerisch zutreffend. Bei einer angenommenen Arbeitszeit von 38 Stunden, wären das im Monat 152 Euro zusätzlich. Allerdings stehen diese Jobs nur in beschränkter Zahl zu Verfügung. Von den laut Wolfgang Clement anvisierten 600.000 Stellen wird von Kennern prognostiziert, dass nicht einmal die Hälfte vorhanden sein werden. Darüber hinaus müssen diese Stellen vorrangig an junge Langzeitarbeitslose vergeben werden. Es zeigt sich also, dass zwar nicht alle Gruppen unter Hartz IV nach EU-Definition von Armut betroffen sind, und die Betroffenen wiederum in unterschiedlicher Weise. Aber bei Paaren findet der Absturz sofort statt, und bei Alleinstehenden nach zwei Jahren. Das trifft vor allem die Älteren über 50 Jahre, von denen die wenigsten noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Wie man es dreht und wendet, Hartz IV führt tatsächlich Hunderttausende von Langzeitarbeitslosen in die Armut. (www.montagsdemo.info)

Peter Wahl (WEED, ATTAC)

NEWS zur Agenda 2010

Wer Ein-Euro-Jobs ablehnt, dem drohen Zwangsmaßnahmen

Mehrere zehntausend Menschen dürfen diesen Herbst schon einmal zeigen, wie billig Arbeitskräfte unter einer rot-grünen Regierung sein können. Insgesamt 50.000 Langzeitarbeitslosen soll bereits ab Oktober ein so genannter Ein-Euro-Job angeboten werden.

Zwar gilt die Annahme einer gemeinnützigen Arbeitsgelegenheit bei Wohlfahrtsverbänden oder Kommunen bis Ende 2004 offiziell noch als freiwillig. Doch wer das Angebot ablehnt, muss mit anderweitigen Zwangsmaßnahmen des Arbeitsamtes rechnen. Das geht aus einer Handlungsanweisung der Bundesagentur für Arbeit hervor, die der Mitgliederzeitschrift »ver.di PUBLIK« vorliegt. »Es sollten in diesen Fällen Trainingsmaßnahmen zur Überprüfung

der Arbeitswilligkeit angeboten werden«, heißt es in dem Papier. Damit will Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) offensichtlich garantieren, dass der frühzeitige Auftakt seiner Arbeitsmarktreform nicht mangels Teilnahme ausfallen muss.

(Quelle: Neues Deutschland)

Wirtschaftsforscher kritisieren Regierungsbericht als zu positiv

Nach dem Optimismus jetzt die Skepsis: Wirtschaftsforscher haben den Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit als zu positiv kritisiert. Sie bemängeln „Schönfärberei“ und werfen der bisherigen Förderungspolitik „Versagen“ vor.

(Quelle: Spiegel Online)

Arbeitgeber fordern weitere „Reformen“

Auf der Seite der Arbeitgeber wurde eine weniger rosige Halbzeitbilanz gezogen. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nannte die eingeleiteten Reformen „unzureichend“. Ohne eine grundlegende Erneuerung des Arbeitsrechts könne es keine Beschäftigungssteigerung geben, so Hundt. Deutschland stehe erst am Beginn eines Veränderungsprozesses, der in kommenden Jahren beschleunigt werden müsse, so Hundt. Es genüge nicht, „allein auf die Aufschwungkkräfte des Auslands zu hoffen“, so Hundt. (Quelle: Tagesschau.de)

Abschied von der Gießkannenförderung im Osten

Die Bundesregierung will ihre Förderpolitik für den Osten neu orientieren: Das Gießkannenprinzip soll durch die gezielte Unterstützung von erfolversprechenden Regionen und Wirtschaftssektoren abgelöst werden.

(Quelle: Tagesschau)

Porsche 2003/04 mit Umsatz- und Ergebnisrekord

„Wir werden beim Vorsteuergewinn die Milliarden-Grenze überspringen“, teilte Vorstandschef Wendelin Wiedeking am Mittwochabend mit. Eine konkrete Zahl werde der Konzern aber erst später nennen. 2002/03 hatte Porsche vor Steuern 933 Millionen Euro verdient.

Der Umsatz in dem am 31. Juli geendeten Geschäftsjahr 2003/04 sei um 13,9 Prozent auf 6,35 Milliarden Euro geklettert, teilte Porsche